

2015

ADFC Bayern

Armin Falkenhein, Landesvorsitzender
und

Dr. Friedrich Zeller, stv. Vorstand



WEGWEISENDE BESCHLÜSSE ZUR BAYERISCHEN RADVERKEHRSPOLITIK UND RADVERKEHRSPLANUNG - EINE ÜBERSICHT

Bayerischer Landtag, Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur,
Bau und Verkehr, Energie und Technologie am 16.04.2015, beschlossen in
der 46. Plenarsitzung des Landtags vom 10.06.2015

Landesgeschäftsstelle des ADFC Bayern
Kardinal-Döpfner-Str. 8
80333 München
zuständig: Steffen Radtke
Tel. 089 90 900 25-18
Steffen.Radtke@adfc-bayern.de
www.adfc-bayern.de

Stand: Juni 2015

Wegweisende Beschlüsse zur Bayerischen Radverkehrspolitik und Radverkehrsplanung - eine Übersicht

1. Verknüpfung Fahrrad und Bahn

Drucksache	Thema	Beschluss
17/4462	Bau von Abstellanlagen an Bahnhöfen	einstimmig
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Deutschen Bahn AG auf den Abschluss von Rahmenvereinbarungen hinzuwirken, um den Kommunen an Bahnhöfen geeignete Grundstücke oder Gebäude für die Errichtung und Einrichtung von Fahrradabstellanlagen zur Verfügung zu stellen.	

Vorgehensweise

- Arbeitskreis Fahrrad und Bahnhof; tagte bisher vier Mal, soll den Beschluss nun konkret voranbringen.
- Ansprache der kommunalen Spitzenverbände
- geeignete Vorreiter-Projekte auswählen

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5761	Förderprogramm für Abstellanlagen an Schnittstellen; über GVFG hinaus und gezielte Förderung Fahrradstationen	mit Änderungen beschlossen
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel im Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG) die seit dem Jahr 2002 nicht fortgeschriebenen Kostenpauschalen für die Förderung von Fahrradabstellanlagen fortzuschreiben und dabei auch Fahrradstationen an Bahnhöfen einzubeziehen.	

Vorgehensweise

- Höhe der Finanzen muss bestimmt werden; ein Sonderförderprogramm ist notwendig, damit die Kommunen handeln.
- In jedem Regierungsbezirk sollten zwei Fahrrad-Stationen etabliert werden.

Drucksache	Thema	Beschluss
17/4463	Fahrrad-Mitnahme im SPNV; bedarfsgerechte Kapazitäten bei Neuausschreibung der BEG vorgeben	einstimmig
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der vorhandenen Mittel bei der Bayerischen Eisenbahn Gesellschaft (BEG) verstärkt darauf hinzuwirken, dass bei Neuausschreibungen von Leistungen für den Schienenpersonennahverkehr bedarfsgerechte Radmitnahmekapazitäten vorgegeben werden. Es ist dabei darauf zu achten, dass geeignete und ausreichend große Fahrradstellplätze vorgehalten werden und die Zugänglichkeit verbessert wird.	

Vorgehensweise

- Ausschreibungstext mit BEG abstimmen; Problematik: Klappsitze; welcher Erfolg ist bei Vergabe zu verzeichnen bei einer Punkteauswertung?
- Vorstandsbeauftragter des ADFC-Bayern: Frank Wessel aus Forchheim

Drucksache	Thema	Beschluss
17/4504	Fahrrad-Mitnahme in Zügen des Fernverkehrs	einstimmig
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, beim Bund und bei der Deutschen Bahn AG verstärkt darauf hinzuwirken, dass in neu anzuschaffenden Zügen des Fernverkehrs (wie z.B. IC-X) geeignete und ausreichend große Fahrradstellplätze vorgehalten werden und die Zugänglichkeit verbessert wird.	

Vorgehensweise

zentrales Thema; Federführung bei ADFC-Bundesverband

2. Radverkehrsplan für Bayern – möglichst konkret

Drucksache	Thema	Beschluss
17/4467	Radverkehrsplan soll ausgearbeitet werden mit Zielen und Umsetzungsstrategien	einstimmig
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, weiterhin einen Radverkehrsplan für den Freistaat Bayern mit Zielen und Umsetzungsstrategien für die Radverkehrsförderung auszuarbeiten und den Landtag bei Vorlage des Gesamtkonzepts darüber zu informieren.	

Vorgehensweise

- Staatsminister Herrmann in Bay. Bürgermeister 05/2015: Radverkehrsplan soll noch in diesem Jahr vorgestellt werden.
- Die Schwerpunkte des ADFC sollen von Beginn an aufgenommen werden.

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5758	Radverkehrsplan einschließlich erforderliche Finanzausstattung	einstimmig
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Radverkehrsplan Bayern mit Zielen und Umsetzungsstrategien für die Radverkehrsförderung in Bayern einschließlich der erforderlichen Finanzausstattung aufzustellen.	

Vorgehensweise

- ADFC und AGFK an Ausarbeitung beteiligen
- klare Zielsetzungen formulieren, damit BayRVPlan Erfolge zeitigt.

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5867	Projektliste Radwegebau an Staatsstraßen	mit Änderungen einstimmig
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zu berichten, wie die neue Projektliste „Radwegebau an Staatsstraßen“ beschaffen ist.	

Vorgehensweise

- von Staatsminister Herrmann und Staatssekretär Eck mit Stand April 2015 vorgelegt
- Bekanntmachen bei Spitzenverbänden und Kommunen
- ausreichend Fördermittel für selbständige Radwege, die eine Lücke schließen.

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5869	Radschnellwege definieren und umsetzen	mit Änderungen einstimmig
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, der positiven Entwicklung der Fahrradnutzung zu entsprechen und die Baulastträger im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten dabei zu unterstützen, die vorhandene Infrastruktur in Ballungsgebieten und Großstädten durch die Konzeption und Umsetzung von Fahrradschnellwegen auszubauen und kapazitätssteigernd zu ergänzen.	

Vorgehensweise

Aussagen hierzu in Radverkehrsplan aufnehmen; Besonderheit der Finanzierung!

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5759	Wegweisung für Radverkehr soll amtlichen Status erhalten	abgelehnt
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Radverkehrswegweisung einen amtlichen Status gemäß Straßenverkehrs-Ordnung erhält und für die Radverkehrswegweisung Fern-und Nahziele definiert werden.	

Vorgehensweise

Die dahinter stehenden rechtlichen und faktischen Fragen sollten im Vorfeld des Radverkehrsplans geklärt werden. Der ADFC befürwortet eine Wegweisung mit amtlichem Status.

3. Nicht-investive Maßnahmen fördern: Information und Kommunikation

Drucksache	Thema	Beschluss
17/4464	nicht-investive Förderung verstärken	einstimmig
Beschlusstext	<p>Der Landtag begrüßt die Einrichtung eines eigenen Sachgebiets „Radverkehr und Nahmobilität“ bei der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr. Damit wird die Bedeutung des Themas unterstrichen und die Eigenständigkeit der Radverkehrs- bzw. der Nahmobilitätsförderung als Bestandteil einer integrierten Verkehrs- und Mobilitätspolitik verstärkt und verstetigt.</p> <p>Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel eine ausreichende Ausstattung des neuen Sachgebiets für die nicht-investive Förderung des Radverkehrs (Kommunikations- und Informationsmaßnahmen) vorzusehen.</p>	

Vorgehensweise

- Höhe konkretisieren; eigene Haushaltsstelle schaffen und auskömmlich dotieren.
- vergriffenes „Radverkehrshandbuch Radland Bayern“ der Obersten Baubehörde neu auflegen, an Landräte / OB verteilen und weiter dafür werben
- Kampagne „Radland Bayern“ konzipieren, die vor allem für das Radfahren im Alltag wirbt

Drucksache	Thema	Beschluss
17/4465	Durch Öffentlichkeitsarbeit „Kultur des Miteinanders“ im Rad- und Kraftverkehr stärken, Radverkehrsvorschriften bekannter machen	einstimmig
Beschlusstext	<p>Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel verstärkt öffentlichkeitswirksame Informationsmaßnahmen zur gezielten Aufklärung aller Verkehrsteilnehmer über bestehende Verkehrsvorschriften und zum richtigen Verhalten im Rad- und Kraftverkehr sowie zur Förderung einer „Kultur des Miteinanders“ durchzuführen. Es muss Ziel sein, durch geeignete Maßnahmen das Verhaltensmuster von Rad- und Kraftfahrern, aber auch Fußgängern dahingehend zu verbessern, Unfälle zu reduzieren und damit zu einer erhöhten Verkehrssicherheit beizutragen.</p>	

Vorgehensweise

- Höhe der Finanzmittel
- große Bedeutung der Verkehrserziehung / Mobilitätspädagogik

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5871	AGFK noch besser fördern	mit Änderungen einstimmig
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, die enge Zusammenarbeit in allen Fragen der Radverkehrsthemen mit der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern e.V. (AGFK) weiterhin fortzusetzen und die AGFK weiterhin zu unterstützen.	

Vorgehensweise

- bei Spitzenverbänden und Kommunen werben
- finanzielle Anreize zum Mitmachen vergrößern

4. Fahrrad und Nahmobilität 4.0

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5868	Intelligente Ampeln mit Haltegriffen; Pilotversuch	mit Änderungen einstimmig
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen eines Pilotversuchs zu prüfen, wie und mit welchem Aufwand Ampelanlagen in Bayern mit für Radfahrende tauglichen Sensoren zum bedarfsgerechten schnelleren Umschalten auf Grün ausgerüstet werden könnten. Zudem ist zu prüfen, ob an Ampeln oder im direkten Umfeld von Ampelanlagen Haltegriffe für Radfahrer nachgerüstet werden können.	

Vorgehensweise

Klären: wo und wann soll der Pilotversuch beginnen?

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5860	Modal-Split; einheitliche Erhebung fördern	abgelehnt
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein einheitliches Erhebungsverfahren für die Ermittlung der Modal-Split-Anteile des Verkehrs in den Kommunen im Rahmen der für die Programme gemäß BayGVFG zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel finanziell zu fördern.	

Vorgehensweise

Eine empirisch einwandfreie Erhebung der Verkehrsdaten bleibt eine wichtige Aufgabe. Nur bei valider und vergleichbarer Datenlage können die richtigen Maßnahmen abgeleitet werden. Fehlgeleitete Infrastrukturmaßnahmen sind die teuersten. Finanzielle Anreize für Kommunen schaffen, sich 2016 an der örtlichen Erhebung von Verkehrsdaten im Rahmen der „Mobilität in Deutschland“ zu beteiligen.

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5872	Förderung von Pedelecs; neue Ansätze Elektromobilität	abgelehnt
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, die im Rahmen der Energiewende definierte Kernaufgabe der Förderung von Speichertechnologien auch spezifisch auf Elektro-mobilität für Zweiräder auszurichten. Zudem ist sowohl im Dialog mit dem Bund als auch in Bayern selbst zu prüfen, ob ein Förderprogramm für den Erwerb von Pedelecs und für die Privilegierung von Elektrofahrrädern in Betrieb und Straßenverkehr den Umstieg vom Pkw auf das Fahrrad forcieren kann.	

Vorgehensweise

Vorhaben können über Mittel des Haushalts Wissenschaft und Forschung weiter verfolgt werden.

5. Weitere Rad-Themen

Drucksache	Thema	Beschluss
17/4466	Promillegrenzen angleichen: Rad / PKW	mit Mehrheit gg. FW beschlossen
Beschlusstext	<p>Die Staatsregierung wird ersucht zu prüfen, ob es wegen der Steigerung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr aber auch der Eigensicherheit der Fahrradfahrer selbst angebracht wäre, einen Bußgeldtatbestand einzuführen für Fahrradfahrer, die mit 1,1 oder mehr Promille Alkohol im Blut am Straßenverkehr teilnehmen, entsprechend der Empfehlung des Verkehrsgerichtstages und der Deutschen Verkehrswacht.</p> <p>Zudem sollte aus präventiven Gründen geprüft werden, inwiefern die zusätzliche Einführung eines Ordnungswidrigkeitentatbestands ab einem medizinisch begründeten, mittleren Blutalkohol-Grenzwert zur Reduzierung des alkoholisierten Führens eines Fahrrads beitragen würde.</p>	

Vorgehensweise

Vorschlag geht auf ADFC-Bundesverband zurück: Bußgeld ab 1,1 Promille ; so auch vom Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar 2015 empfohlen

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5481	Bericht zu Fahrrad-Klimatest	mit Änderungen einstimmig
Beschlusstext	<p>Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie vor dem Hintergrund des aktuellen Fahrradklimatests des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) über die Fahrradfreundlichkeit der Mobilitätspolitik der Staatsregierung zu berichten und dabei auf folgende Punkte einzugehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wie erfolgreich ist die Radverkehrspolitik der Staatsregierung vor dem Hintergrund der Tatsache, dass kein genereller Trend zur besseren Bewertung der Kommunen in Bayern im Fahrradklimatest des ADFC feststellbar ist? - Womit begründet die Staatsregierung die Spitzenstellung Bayerns beim Radverkehr, nach dem die Bestnoten im Fahrradklimatest des ADFC nur ausnahmsweise an wenige Kommunen in Bayern verteilt wurden? <p>(sowie weitere vier Fragen an die Staatsregierung)</p>	

Vorgehensweise

Bericht vor dem Landtag begrüßen wir, um das Thema Radfahren insgesamt öffentlich zu machen; Bayerischer Radverkehrsplan wäre ein guter Anlass zur Berichterstattung.

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5757	Beamtenbesoldung; Leasing und private Nutzung von Diensträdern	zurückgestellt
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung bzw. Erweiterung des Art.3 Abs. 3 BayBesG dahingehend zu erarbeiten, dass für Beamte in Bayern Fahrradleasingmodelle durch Entgeltumwandlung ermöglicht werden.	

Vorgehensweise

Zunächst müssen die beamtenrechtlichen Fragen von Fachleuten eindeutig geklärt werden.

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5870	Radwegebenutzungspflicht abschaffen	zurückgezogen
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, die bisher bei dem Angebot existierender Radwege bestehende Radwegbenutzungspflicht auf zu-heben und den Radfahrern bei auskömmlichem Raum und in kommunaler Verantwortung als Ausnahme von der Regel die situative Wahlfreiheit zwischen Straße und Radweg zu eröffnen. Hierzu müssen die Bürger in einer groß angelegten Aufklärungskampagne informiert werden.	

Vorgehensweise

- Thema muss neu überdacht und aufbereitet werden.
- Antwort des Staatsministers Herrmann an ADFC und BRV liegt vor.

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5873	Fahrrad-Beauftragte in Behörden benennen	abgelehnt
Beschlusstext	Der Landtag begrüßt die Einrichtung eines eigenen Sachgebiets „Radverkehr und Nahmobilität“ bei der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr. Nach diesem Vorbild sollen durch die Staatsregierung in allen mit Verkehrsfragen betrauten staatlichen Behörden Fahrradbeauftragte benannt werden und auch die Kommunen bei der Etablierung analoger Stellen unterstützt werden. Damit soll keine Stellenmehrung geschaffen werden.	

Vorgehensweise

- Bei entsprechenden Behörden nach bereits beauftragten Mitarbeitern nachfragen.
- Bürgermeister und Landräte animieren, Fahrrad-Beauftragte zu benennen, beginnend bei den Mitgliedern der AGFK

Drucksache	Thema	Beschluss
17/5760	Herrenlose Räder beseitigen; Rechtssicherheit	mit Änderungen einstimmig
Beschlusstext	Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Kommunen eine teilweise bereits zur Verfügung gestellte Hilfestellung zu den rechtlichen Möglichkeiten zur Entfernung von „Schrottfahrrädern“ nochmals in geeigneter Weise bekannt zu geben.	

Vorgehensweise

- Praktische Handreichung für kleine kreisangehörige Gemeinden ist notwendig
- Wichtiges Thema, da Ortsbild verschandelt wird und herrenlose Räder Fahrrad-Parker an Bahnhöfen blockieren.
- Material liegt bei Oberster Baubehörde vor.